

Auf der Konferenz wurde u.a. entschieden, daß die Regierungsverwaltungen in den nächsten fünf Jahren die Beschäftigtenzahl von derzeit rd. 38 Mio. Menschen auf 41,5 Mio. Personen erhöhen wollen. Der öffentliche Dienst wird also nur in sehr beschränktem Maße in der Lage sein, Arbeitskräfte zu absorbieren.

Zur Verschlechterung der Beschäftigungssituation wird dem Arbeitsminister zufolge die Zunahme der überschüssigen Arbeitskräfte in den staats-eigenen Unternehmen und in den ländlichen Gebieten beitragen. Die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze werde nicht ausreichen, um die Nachfrage nach Beschäftigungsmöglichkeiten zu decken. Ohne Gegensteuerung müßte mit einer Anzahl von 153 Mio. unterbeschäftigten und arbeitslosen Personen in den ländlichen und städtischen Regionen bis zum Jahre 2000 gerechnet werden. Der Beschäftigungsdruck in den Städten sei nur dann zu reduzieren, wenn die Zahl der ländlichen Wanderarbeiter beschränkt werden könne; die Schaffung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Gebieten sei demnach entscheidend.

Vor diesem Hintergrund hat das Arbeitsministerium einen umfassenden Maßnahmenkatalog entworfen, der sowohl Einflußfaktoren der städtischen als auch der ländlichen Beschäftigung einbezieht. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zählen u.a. (XNA, 7.4.96):

- Teilung der Verantwortlichkeiten bei den Reformmaßnahmen zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit zwischen den Ministerien der Zentralregierung und den Lokalregierungen.
- Das Projekt zur Beschäftigung von Arbeitslosen soll landesweit verbreitet werden, eine stärkere Finanzausstattung erhalten und umfangreichere Ausbildungsmöglichkeiten einschließen.
- Einführung eines Programms zur organisierten und Provinzgrenzen überschreitenden Migration, um die Arbeitslosigkeit in den Städten zu beschränken.
- Aufnahme aller Beschäftigten in die Arbeitslosenversicherung.

Eine wichtige Funktion bei der Absorbierung von Arbeitskräften sollen zukünftig die kleinen Unternehmen und die Unternehmen von mittlerer Größe

spielen, da staatseigene Unternehmen keine neuen Arbeitskräfte mehr einstellen werkönnen. Für die Förderung dieser Unternehmen sollen höhere Finanzmittel und Kredite sowie steuerliche Vergünstigungen bereitgestellt werden. (XNA, 9.4.96)

Um die Entwicklung der Arbeitslosigkeit besser kontrollieren zu können, wird das Statistikamt mit Beginn des 4.Quartals eine vierteljährliche Stichprobenerhebung durchführen.

Wie drängend das Problem der Migration von Arbeitskräften sein kann, zeigen die Daten zur Wanderbevölkerung in der Provinz Guangdong. Neben der Zuwanderung von Arbeitskräften aus anderen Provinzen in Höhe von rd. 10 Mio. Menschen, zogen im Zeitraum 1979 bis 1995 rd. 12 Mio. Menschen aus den ländlichen Gebieten in die Städte der Provinz Guangdong. Lokalen Untersuchungen zufolge wurden nur 8% der zugewanderten Arbeitskräfte über offizielle Stellen vermittelt. (XNA, 9.4.96)

Erste Schritte zur Verwirklichung der organisierten überregionalen Migration wurden bereits in einigen Städten mit dem Aufbau von Arbeitsmärkten für Migranten unternommen. Einem Bericht in der *Guangming Ribao* nach soll im April solch ein Arbeitsmarkt im Stadtteil Xuanwu in Beijing eröffnet worden sein. Der Arbeitsmarkt in Xuanwu, der am Westbahnhof liegt, soll die illegalen Arbeitsmärkte für ländliche Wanderarbeiter ersetzen.

Nach Beijing sollen inzwischen rd. 3 Mio. Migranten eingewandert sein, von denen 70% im Handel und Industriesektor beschäftigt sind. Allein im Stadtteil Xuanwu gibt es 2.900 Unternehmen, die Arbeitskräfte von außerhalb Beijings beschäftigen. Nach den Beijinger Bestimmungen dürfen nur solche Arbeitskräfte von außerhalb eingestellt werden, die eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung haben. (XNA, 20.4.96) -schü-

Taiwan

* (23)

Keine neue Verpflichtung der USA gegenüber Taiwan

US-Präsident Bill Clinton hat am 12. April sein Veto gegen eine außenpolitische Resolution des Kongresses,

in der eine Reihe taiwanfreundlicher Klauseln verankert wurden, eingelegt. Als die jüngste militärische Krise in der Taiwan-Straße auf dem Höhepunkt war (siehe dazu C.a., 1996/3, Ü 21), hatte das Repräsentantenhaus am 12. März mit 226 gegen 172 Stimmen und der Senat am 28. März mit 52 gegen 44 Stimmen die Resolution verabschiedet. Danach sollte das US-Taiwan-Gesetz (Taiwan Relations Act) von 1979 über dem Gemeinsamen Kommuniqué zwischen Washington und Beijing von 17.8.1982 stehen, d.h. Aufhebung der Einschränkung von US-Waffenlieferungen an Taiwan. Darüber hinaus wird darin von der US-Regierung verlangt, einen erneuten Besuch von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) 1996 in den USA zu erlauben und ihn mit entsprechender Würdigung zu empfangen. Die USA hatten 1979 nach der Anerkennung der VR China die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen. Clinton lehnt das Gesetz ab, weil es seine Präsidialgewalt in der Außenpolitik einengt und Washingtons Beziehungen zu Beijing gefährdet, die in letzter Zeit bereits wegen Menschenrechtsfragen, Handelsstreitigkeiten und Li Denghuis USA-Reise im letzten Jahr und den nachfolgenden militärischen Spannungen in der Taiwan-Straße schwer belastet wurden. (ZYRB und LHB, 14.4.96)

Einem Bericht der *New York Times* zufolge hat Taiwan in den USA eine starke Lobby, die mit der israelischen verglichen werden kann. Neben Einladungen von Abgeordneten, Journalisten, ehemaligen Regierungspolitikern spendet Taiwan großzügig Stipendien an US-Universitäten und veranstaltet diverse andere Werbeaktionen. An eine Lobbyfirma namens "Cassidy and Associates" zahlt das zur Taiwans Regierungspartei KMT gehörende Taiwan Research Institute monatlich 125.000 US\$. Aber nicht nur wegen der Geldmittel, sondern auch dank der Demokratisierung auf der Insel hat Taiwan in der Öffentlichkeit und bei den US-Parlamentariern Sympathien gewinnen können. (IHT, 10.4.96; SCMP, 11.4.96) Die oben genannte Resolution war auf die Initiative der Republikaner entstanden. Diese verfügen zwar über die Mehrheit in den beiden Häusern, aber nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zur Widerlegung des Clinton-Vetos. -ni-

*(24)
Rückkehr des "kalten Friedens" zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße

Nach den Präsidentschaftswahlen in Taiwan im März d.J. hat sich die Lage in der Taiwan-Straße wieder entspannt. Wie berichtet (C.a., 1995/6, Ü 24, 1995/8, Ü 30, 1995/11, Ü 29, 1996/2, Ü 29 und 1996/3, Ü 29), hatte Beijing aus Protest gegen Li Denghuis (Lee Teng-hui) "private" USA-Reise im Juni des vergangenen Jahres, die einerseits in Taiwan als großer Erfolg zum Durchbruch der außenpolitischen Isolation, andererseits auf dem chinesischen Festland als ein weiterer Schritt zur Spaltung des Vaterlandes gewertet wurde, eine Serie von Kriegsmanövern samt Raketenschießübungen in der Taiwan-Straße entfesselt. Um die Stimmen für die Unabhängigkeit Taiwans bei den Präsidentschaftswahlen einzuschüchtern, erreichten Beijings Drohgebärden während des Wahlkampfes einen Höhepunkt mit dem Abfeuern von vier Boden-Boden-Raketen in Richtung Taiwan zwischen dem 8. und 13. März, und zwar jeweils zwei auf ein Seegebiet rund 35 km nordöstlich und 52 km südwestlich von der taiwanesischen Küste, d.h. unweit von den zwei großen Häfen Jilong (Keelung) und Gaoxiong (Kaohsiung). Außerdem fanden vom 12. bis 20. März und vom 18. bis 25. März in der Nähe der dem Festland vorgelagerten, aber von Taiwan kontrollierten Inseln Jinmen (Kinmen) und Mazu (Matsu) kombinierte Manöver aller Waffengattungen der chinesischen Volksbefreiungsarmee mit scharfer Munition statt.

Der Staatspräsident der VRCh, Jiang Zemin, soll am 3. April im Gespräch mit US-Senator Craig Thomas in Beijing zur Beschreibung der Lage in der Taiwan-Straße ein chinesisches Sprichwort zitiert haben: "shanyu yu lai feng man lou" ("Nähert sich ein Gewitter vom Berg, pfeift der Wind durch die Burg" - Vorzeichen für ein stürmisches politisches Ereignis). Anschließend sagte er, der Regen sei vorbei. In Taiwan erzählte Thomas bei einer Zusammenkunft mit Präsident Li Denghui am 9. April, daß er Jiansgs Ansicht teile. In einigen Presseberichten Taiwans wurde bei der Übersetzung der Worte des US-Senators hinsichtlich Jiansgs Ansicht ein anderes chinesisches Sprichwort benutzt: "yu guo tian qing" ("Nach dem Regen ist der Himmel blau", d.h. alles wieder klar). Jiansgs Worte wurden also dadurch als eine Botschaft Beijings für

den Frieden in der Taiwan-Straße ausgelegt. Auf einer regulären Pressekonferenz am 11. April wies der Sprecher des Außenministeriums in Beijing, Chen Jian, den Bericht über einen "klaren Himmel" in den Beziehungen beider Seiten der Taiwan-Straße jedoch zurück. Er sagte, die beiderseitigen Beziehungen könnten nur dann wiederhergestellt und weiterentwickelt werden, wenn Taipei zurück zum Prinzip eines chinesischen Staats komme und international keine Aktivitäten mehr zur Schaffung von zwei chinesischen Staaten oder "einem China, einem Taiwan" unternähme. Auch Senator Thomas bestätigte, daß Jiang nur vom "Aufhören des Regens" (*yu guo*), nicht aber vom "klaren Himmel" (*tian qing*) gesprochen habe. (ZYRB, 10., 11. und 13.4.96; LHB, 10. und 11.4.96; DGB, 12.4.96)

Über die beiderseitigen Beziehungen hat Jiang Zemin auch am 23. April in Beijing mit dem ehemaligen Präsidenten des Gesetzgebungs Yuan (Parlament) von Taipei, Liang Surong (Liang Su-yung), gesprochen. Es war die erste Begegnung zweier prominenter Persönlichkeiten beider Seiten seit dem Ausbruch der jüngsten Krise in der Taiwan-Straße. Allerdings gehört Liang, obwohl er noch das nominelle Amt eines Beraters von Präsident Li Denghui bekleidet, nicht zum Führungsgremium in Taiwan. Er gilt eher als eine bedeutende Figur des sogenannten "Nicht-hauptströmungsflügels" der Regierungspartei KMT (Kuomintang), also einer Oppositionsgruppierung innerhalb der Partei, die hauptsächlich aus Festlandstämmigen besteht und sich energisch gegen eine Unabhängigkeit Taiwans von China einsetzt. Liang wurde auch von Jiang nicht in seiner offiziellen Funktion als Staatspräsident, sondern als Parteichef der KPCh empfangen. Er verwies den Gast darauf, daß Beijings Friedenspolitik gegenüber Taiwan sich nicht verändert habe. Abgesehen von einer Unabhängigkeit Taiwans könnten beide Seiten am Verhandlungstisch über alles sprechen. Dazu zitierte er wieder ein chinesisches Sprichwort: "di jin jiebo xiongchi zai, xiangfeng yi xiao min enchou", d.h. sinngemäß: "Die Brüder sollen nach allem Unglück in der Vergangenheit beim Wiedertreffen den Haß durch Lachen vertreiben", also sich versöhnen. Auf Liangs Vorschlag über eine schnelle Wiederaufnahme der Verhandlungen und Unterzeichnung einer Friedensvereinbarung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße blieb Jiang jedoch eine Antwort schuldig. (LHB, 26.4.96; ZYRB, 27.4.96)

Sowohl Beijing als auch Taipei sprechen von einem China, aber jede Seite sieht sich selbst als das alleinige legitime China. Während Taipei seit einigen Jahren, vom Prinzip "ein China, zwei politische Gebilde" ausgehend, gleichberechtigte Verhandlungen zwischen beiden Seiten fordert, will Beijing unter seinem Motto "ein Staat, zwei Systeme" Taipei nur als eine lokale Regierung der VRCh anerkennen und verlangt Verhandlungen zwischen den politischen Parteien über die Vereinigung Chinas. Ende April 1993 hatten zwei formell inoffizielle Institutionen, die taiwanesischen Straits Exchange Foundation (SEF) und Beijings Association for Relations Across the Taiwan Straits (ARATS), im Auftrag ihrer jeweiligen Regierungen vier Vereinbarungen zur Lösung der praktischen Probleme bei zivilen Kontakten beider Seiten in Singapur unterzeichnet. Anlässlich des dritten Jahrestags dieses Ereignisses appellierte die SEF am 29. April im Auftrag der Taipeier Regierung an ARATS, die seit dem vergangenen Juli infolge der gespannten Lage in der Taiwan-Straße unterbrochenen halbamtlichen Verhandlungen wiederaufzunehmen. Beijing besteht aber weiter darauf, daß Taiwan zunächst seinen Standpunkt zum Ein-China-Prinzip klarmachen müsse. (LHB, 29.4.-3.5.96; ZYRB, 30.4.-4.5.96; FCJ, 3.5.96)

Li Denghui wird vermutlich in seiner Rede bei der Amtsvereidigung als neugewählter Präsident am 20. Mai auf die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße eingehen. Man hofft in Taiwan, daß er durch deutliche Worte gegen eine taiwanesischen Unabhängigkeit von China Beijing zufriedenstellt. Sonst bleibt das politische Wetter in der Taiwan-Straße unverändert trüb und der Frieden weiterhin kalt. -ni-

*(25)
Spaltungskrise in der größten Oppositionspartei DPP

Nach der Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen am 23. März d.J. befindet sich die größte Oppositionspartei Democratic Progressive Party (DPP) in einer tiefen Spaltungskrise. Wie berichtet (C.a., 1996/3, S. 262 ff.), hatte der DPP-Kandidat für das höchste Amt, Peng Mingmin, nur 21,13% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Dies lag nicht nur weit hinter dem Stimmenanteil seines Hauptrivalen Li Denghui (Lee Teng-hui), dem Kandidaten der Regierungspartei KMT (Kuo-

mintang) mit 54%, sondern auch deutlich unter dem Ergebnis der DPP bei den Wahlen zur Nationalversammlung am gleichen Tag mit 29,85% der Stimmen. Peng und seine Anhänger beklagten sich darüber, daß die Parteiführung ihn nicht mit voller Kraft unterstützt habe. Andere sehen hingegen die Ursache für Pengs Debakel darin, daß er einen radikalen Kurs für die Unabhängigkeit Taiwans, d.h. gegen die Vereinigung mit dem chinesischen Festland, propagiert hatte. Ein großer Teil der DPP-Wähler distanzierte sich von ihm, so heißt es, weil man die Sicherheit Taiwans nicht durch weitere Eskalation der bereits gespannten Beziehungen mit Beijing gefährden wollte.

Als verantwortlich für die Niederlage seiner Partei trat Shi Mingde (Shih Ming-teh) von seinem Amt als DPP-Vorsitzender zurück. Der Wahlverlierer Peng dagegen gründete am 9. April mit seinen Anhängern überraschenderweise eine "Gesellschaft für Staatsbildung" (Jiangguohui). Er will nach eigenen Worten mit Unterstützung seiner 2,28 Mio. Wähler die Idee des Aufbaus eines unabhängigen Staats Taiwan auf der Insel und international verbreiten. Zwar betonte er, die Gesellschaft sei keine Partei und werde auch nicht an Wahlen für öffentliche Ämter teilnehmen; sie habe "mit der DPP nichts zu tun", so Peng. Aber seine Wähler sind eigentlich auch die DPP-Wähler. Darüber hinaus übten die anderen Mitgründer der Gesellschaft auf der Pressekonferenz am 9. April in Taipei harsche Kritik an der DPP und bekräftigten, die bei den Präsidentschaftswahlen an Li Denghui verlorenen Stimmen zurückzugewinnen. (LHB und CP, 10.4.96; ZZ, 19.4.96)

Im Gegensatz zu Peng und seinen Anhängern, die als "dogmatische Gruppe" in der Unabhängigkeitsbewegung gilt, hält die "pragmatische Gruppe" innerhalb der DPP, die die Parteiführung in der Hand hat, eine Kurs- oder Strategiekorrektur für erforderlich, um sich der politischen Realität anzupassen und schneller an die Regierungsmacht zu kommen. Es heißt, die Gründung eines unabhängigen Staats Taiwan solle nicht mehr im Vordergrund des politischen Programms stehen. Im Februar d.J. hatte die Partei unter dem damaligen Vorsitzenden Shi Mingde versucht, durch Zusammenarbeit mit der New Party (NP) im Gesetzgebungs Yuan (Parlament) die KMT-Regierung zu stürzen, obwohl die NP mit ihrem Standpunkt, an der Einheit des chinesischen Staats

festzuhalten, eigentlich der größte Widersacher der DPP ist. (Siehe dazu C.a. 1996/2, Ü 28.) Shis Nachfolger Zhang Junhong (Chang Chun-hung), der kommissarisch den Vorsitz der DPP übernommen hat, tendiert neuerdings zu einer "großen Koalition" (Dalianhe) mit der KMT. (LHB, 19.4.96; ZZ, 5.4.96)

Im Hinblick auf ihre schwache Mehrheit im Parlament will die KMT bei der bevorstehenden Regierungsumbildung nach dem Amtsantritt Li Denghuis als neuer direkt gewählter Staatspräsident im Mai einige Posten an nicht zu ihr gehörende Politiker geben, lehnt jedoch eine Koalition mit einer anderen Partei ab. Wenn einzelne DPP-Politiker das KMT-Angebot annehmen, wird sich die Spaltungsgefahr der größten Oppositionspartei noch weiter verstärken. (ZZ, 19. und 26.4.96; FCJ, 26.4.96) -ni-

Hongkong und Macau

* (26)

Demonstrationen in Hongkong gegen den von Beijing geplanten "Provisorischen Legislativrat"

Im Laufe des Berichtsmonats April gingen viele Hongkonger auf die Straße aus Protest gegen den Plan Beijings, nach der Übernahme der britischen Kolonie am 1. Juli des kommenden Jahres den erst im letzten September für vier Jahre demokratisch gewählten Legislativrat (Parlament) aufzulösen und an seiner Stelle einen "Provisorischen Legislativrat" zu gründen. Wie berichtet (C.a., 1994/6), hat die britische Kolonialregierung unter Gouverneur Chris Patten nach fast zwei Jahre andauernder Auseinandersetzungen mit Beijing eine Wahlreform mit weitgehender Demokratisierung per Gesetz durchgeführt. Die chinesische Regierung hielt ihm vor, dadurch gegen die ursprüngliche sino-britische Vereinbarung verstoßen zu haben. Sie kündigte an, nach der Wende 1997 "einen zweiten Kochherd einzurichten", d.h., wie oben bereits erwähnt, den jetzigen Legislativrat aufzulösen und für den Rest der Legislaturperiode (bis 1999) ein provisorisches Ersatzorgan zu bilden, das durch ein von Beijing eingesetztes Gremium gewählt werden soll.

Die Briten haben bislang versucht, Beijing zum Umdenken in diesem Plan zu bewegen. Am 24. März d.J. allerdings

erstellte das unter dem chinesischen Nationalen Volkskongreß stehende Vorbereitungscommittee für die Übernahme Hongkongs offiziell eine Resolution über die Gründung des "Provisorischen Legislativrats" für Hongkong, und zwar noch vor der Wende 1997. Ein Mitglied aus Hongkong, das gegen die Resolution votiert hatte, darf sich nach den Worten Lu Pings, Direktor des Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau unter dem chinesischen Staatsrat, weder an dem Gremium für die Wahl des "Provisorischen Legislativrats" beteiligen, noch in dieses Organ gewählt werden. Am 31. März fand vor dem Hongkonger Hauptbüro der amtlichen chinesischen Presseagentur Xinhua, der offiziellen Vertretung Beijings in der Kolonie, eine Massendemonstration gegen das geplante undemokratische Parlament statt, an der über 800 Menschen teilnahmen. (SCMP und FT, 1.4.96)

Eine zweite große Demonstration, an der rund 1.000 Menschen teilnahmen, fand am 14. April vor dem Hotel "Grand Hyatt" statt, in dem eine Konsultationskonferenz über die Bildung des Gremiums für die Wahlen zum "Provisorischen Legislativrat" und des künftigen Regierungschefs von Hongkong unter Beteiligung der zuständigen Gruppe des Vorbereitungscommittee und Vertretern von Hongkonger Berufs- und Gesellschaftsorganisationen abgehalten wurde. Von der Teilnahme an der Konferenz ausgeschlossen wurde dabei die "Professional Teachers' Union", weil sie offen gegen den geplanten "Provisorischen Legislativrat" eintritt. Statt dessen wurden zwei Vertreter der "Hong Kong Federation of Students" eingeladen. Nachdem sie jedoch ebenfalls den Plan für dieses undemokratische Parlamentsorgan kritisierten, wurden sie unter Zwang durch die Sicherheitsbeamten zum Verlassen der Konferenz genötigt. (SCMP, 15.4.96)

Nach den Worten Lu Pings, der auch bei der Konsultationskonferenz in Hongkong anwesend war, ist die Bildung des "Provisorischen Legislativrats" unabwendbar. Er gab Patten die Schuld daran mit dem Argument, daß China den jetzigen, nach Pattens einseitiger Wahlreform gewählten Legislativrat nicht akzeptieren kann. Der geplante "Provisorische Legislativrat" fülle nur eine Lücke in der Gesetzgebung, so Lu. (DGB, 20.4.96)

Die Zusammensetzung des Legislativrats ab 1999 wird im chinesischen Grundgesetz für Hongkong detailliert festgelegt. Danach soll die Zahl der direkt gewählten Abgeordneten stufenweise erhöht werden. -ni-